

Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Deutscher Verband für Physiotherapie
Regionalverband Mitteldeutschland e.V.
Ernst- Kamieth- Straße 2b
06112 Halle (Saale)

**Die Linke Landesverband
Sachsen-Anhalt**

Landesgeschäftsführer

Jan Röttschke
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Telefon: 0391 7 32 48-41
Telefax: 0391 7 32 48-48
lgf@dielinke-lsa.de
www.dielinke-lsa.de

Deutsche Bank AG

DE09 8107 0024 0118 825901
DEUTDEDBMAG

Magdeburg, 23. Juli 2026

**Wahlprüfsteine Deutscher Verband für Physiotherapie Regionalverband
Mitteldeutschland e. V.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchten wir Ihnen Ihre Fragen beantworten:

1. Setzen Sie sich dafür ein, die Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in der Physiotherapie in Sachsen- Anhalt sicherzustellen und dadurch den Beruf attraktiver sowie für alle zugänglicher zu machen?

Ja, Die Linke setzt sich seit Jahren konsequent und nachdrücklich für die vollständige Schulgeldfreiheit in der Physiotherapie sowie in allen anderen therapeutischen Gesundheitsfachberufen ein. Neben der reinen Schulgeldfreiheit fordern wir zudem eine angemessene, flächendeckende Ausbildungsvergütung, um mit anderen, bereits bezahlten Ausbildungswegen konkurrieren zu können. Es ist unser Ziel, den Zugang zu Therapieberufen unabhängig vom Einkommen der Eltern zu sichern und die Gesundheitsversorgung im Land langfristig zu stabilisieren.

2. Akademisierung der Physiotherapie: Unterstützen Sie die Forderung des Wissenschaftsrates, wonach 20 Prozent der Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten über einen akademischen Abschluss verfügen sollten? Wenn ja, werden Sie sich für den Ausbau entsprechender Studienplätze und den weiteren Aufbau akademischer Ausbildungsangebote einsetzen?

Ja, Die Linke unterstützt die Akademisierung der Physiotherapie und fordert den gezielten Ausbau entsprechender akademischer Angebote und Studienplätze. Die Akademisierung ist aus unserer Sicht so zu gestalten, dass sie keine neuen sozialen Hürden aufbaut. Der Zugang zu den Studiengängen muss durch

ausreichende Kapazitäten und den Verzicht auf Studiengebühren für alle offenstehen. Eine akademische Qualifikation ist nach unserer Ansicht nur dann nachhaltig, wenn sich die Arbeitsbedingungen und die Vergütung in den Praxen und Kliniken in Sachsen-Anhalt drastisch verbessern. Akademisierte Therapeuten müssen entsprechende Kompetenzen (wie z. B. den Direktzugang oder erweiterte Befugnisse) erhalten und adäquat bezahlt werden, damit sie nicht aus dem Beruf abwandern.

3. Wie stehen Sie zu einer vereinfachten Anerkennung für ausländische Physiotherapeut*innen, um damit Integration zu fördern und einen schnelleren Zugang in unseren Beruf zu ermöglichen?

Die Linke befürwortet eine vereinfachte, schnellere und bürokratieärmere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Die Linke fordert, dass ausländische Berufsabschlüsse innerhalb von maximal sechs Monaten final geprüft und anerkannt werden müssen. Das Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe muss dafür personell besser ausgestattet und digital modernisiert werden. Es braucht den Auf- und Ausbau moderner Datenbanken über ausländische Bildungssysteme, um die Gleichwertigkeit von Abschlüssen schneller festzustellen. Falls Ausbildungswege nicht zu 100 Prozent deckungsgleich sind, fordern wir den unkomplizierten Einsatz von Teilanerkennungen. Anstatt Anträge komplett abzulehnen, sollen begleitende Anpassungsqualifizierungen und passgenaue Kurse angeboten werden, damit die Fachkräfte parallel bereits arbeiten und sich integrieren können. Die oft teuren Übersetzungs-, Beglaubigungs- und Verfahrenskosten dürfen nach unserer Ansicht keine Hürde darstellen. Beratungsstrukturen wie das IQ Netzwerk Sachsen-Anhalt müssen dauerhaft gestärkt werden, um Migrantinnen und Migranten kostenfrei durch das Verfahren zu schleusen. Gleichzeitig betonen wir jedoch, dass der Zuzug ausländischer Fachkräfte nicht dazu genutzt werden darf, das Lohnniveau im ohnehin unterbezahlten Therapiebereich zu drücken. Ausländische Kolleginnen und Kollegen sollen zu gleichen tariflichen Bedingungen und mit vollen Arbeitnehmerrechten in die Teams integriert werden.

4. Setzen Sie sich für die Einführung des Direktzugangs zur Physiotherapie ein, um eine schnellere und effektivere Patientenversorgung zu ermöglichen?

Ja. Die Linke fordert den Direktzugang zur Physiotherapie ohne vorheriges ärztliches Rezept, um unnötige bürokratische Hürden abzubauen, Arztpraxen zu entlasten und Patientinnen und Patienten eine schnellere Hilfe zu garantieren. Ein Direktzugang verkürzt den Behandlungspfad bei eindeutigen Beschwerden, da der zeitaufwendige Umweg über die Haus- oder Facharztpraxis entfällt. Der Direktzugang darf jedoch nicht zu einem finanziellen Risiko für die Praxen werden. Die Vergütungsstrukturen der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) müsste so angepasst werden, dass die eigenständige Diagnostik und Erstberatung vollumfänglich und fair bezahlt und eine reguläre Leistung der gesetzlichen Krankenkassen für alle Versicherten werden.

Durch das von uns vehement abgelehnte gerade verabschiedete GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz kommen jedoch auf physiotherapeutische Praxen ab 2027 drastische wirtschaftliche und organisatorische Veränderungen zu. Es

greift massiv in die Vergütungsstrukturen der Heilmittelerbringer ein. Die seit Jahren erkämpfte Verhandlungsfreiheit bei den Preisen wird abgeschafft. Ab 2027 wird die jährliche Erhöhung der Behandlungsentgelte wieder strikt an die Entwicklung der Bruttolöhne der GKV-Mitglieder gekoppelt. Die Preissteigerungen werden für die Jahre 2027 bis 2029 künstlich um einen zusätzlichen Prozentpunkt unter die Grundlohnrate abgesenkt. Die erst kürzlich eingeführte Verwaltungspauschale bzw. der finanzielle Ausgleich für den Mehraufwand bei der Blankoverordnung wird ersatzlos gestrichen. Die gesetzlichen Zuzahlungen für Heilmittel steigen um 50 Prozent. Ab 2027 müssen Patientinnen und Patienten eine höhere Grundgebühr für Rezepte sowie einen höheren Behandlungswertes aus eigener Tasche zahlen. Dies wird einkommensschwache Patienten von Behandlungen abhalten und die Praxen mit mehr Aufwand beim Verwalten der Eigenanteile belasten.

5. Wie stehen Sie zu der Einrichtung einer Physiotherapeutenkammer?

Die Linke unterstützt die inhaltlichen Ziele der Berufsverbände für mehr Mitspracherecht und Professionalisierung, lehnt jedoch das ordnungspolitische Instrument einer Kammer mit Pflichtmitgliedschaft aus sozial- und gewerkschaftspolitischen Gründen ab. Eine gesetzliche Pflichtmitgliedschaft, die mit Pflichtbeiträgen verbunden ist belastet die oft unterdurchschnittlich verdienenden angestellten Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten in Sachsen-Anhalt. Eine Kammer darf rechtlich keine Tarifverträge verhandeln, was aus unserer Sicht nicht das Kernproblem der geringen Verdienstmöglichkeit der Branche löst. Wir sehen die Interessenvertretung der Angestellten primär bei den Gewerkschaften. Eine Kammer erzeugt zusätzliche Verwaltung und Bürokratie, anstatt den Arbeitsalltag in den Praxen zu erleichtern. Die Verantwortung für Fortbildungsüberwachung und Berufsordnungen sollte nach unserer Ansicht beim Land oder bestehenden Institutionen verbleiben, ohne dass die Therapeuten dafür zahlen müssen. Unsere alternativen Lösungsvorschläge sind: eine gesetzlich verordnete, flächendeckende Tarifbindung und höhere Grundvergütungen sowie die vollständige staatliche Finanzierung der Ausbildung und die Bereitstellung kostenloser akademischer Studienplätze.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads 'Jan Röttschke'.

Jan Röttschke
Landesgeschäftsführer